Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monat Februar 4 Goldm.; Ausland 6.50 Goldm. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Ersatzanspr. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70611 Fernspr. 17000-17009); ebenso in allen Filialen Anzeigen- und Abonnements-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zwei und zwanzig Goldpfennige, Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Goldpfennige. Gelegenheitsanzeigen, Stellengesuche, Reklamezeilen usw. nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Leipzig 3001.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 41 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur L. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Reudnitz. Druck u. Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. vorm. Fischer & Kürsten. — Sonnabend, den 16. Februar 1924 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3663). Dresdner Schriftleitung: Leschwitz, Schillerstr. 35 (Fernspr. 34 793). Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 3588). — 118. Jahrg.

Uebereilt

15. Februar.

lr. Der Hauptzweck der Steuernotverordnungen ist, dem Reiche Einnahmen zu bringen. Daneben schiebt sich, zumal bei der zweiten und dritten Notverordnung, eine andere Zweckbestimmung in den Vordergrund: alle Rechtsverhältnisse, die in der Periode der Geldentwertung in Unordnung geraten sind, den stabilen Geldverhältnissen anzupassen. Es ist natürlich wünschenswert, daß auch dies so schnell wie möglich geschehe. Aber während es durchaus gerechtfertigt ist, sich Hals über Kopf zu beeilen, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, liegt durchaus keine Notwendigkeit zu überschnellem Handeln vor, wenn es gilt, die Verhältnisse des Privatrechts billigerweise zu ordnen. So kann denn auch die dritte Steuernotverordnung, soweit sie die Aufwertung alter Markschulden zum Gegenstande hat, keinen Anspruch auf die Entschuldigung, es sei Gefahr im Verzuge gewesen, erheben, wenn ihr Inhalt den Grundsätzen von Recht und Billigkeit nicht entspricht.

Die Erkenntnis dieser Tatsache dürfte es denn auch gewesen sein, die die Reichsregierung veranlaßte, die dritte Steuernotverordnung nicht von vornherein als solche zu publizieren, sondern erst einen Entwurf vorzulegen, um die Kritik der Oeffentlichkeit herauszufordern. Nahm diese die vorgesehene Aufwertung von 10 Prozent widerspruchslos hin, dann hatte die Regierung damit das richtige getroffen; regte sich aber Widerspruch, so mußte das Verhältnis zwischen den bejahenden und verneinenden Kräften durch die öffentliche Kritik offenbar werden und der Legislative ermöglichen, eine gerechte Lösung zu finden. In der Tat erhoben sich — schon vor Veröffentlichung des Entwurfes — allerorten Stimmen, die die von der Regierung vorgeschlagene Lösung als unzureichend bezeichneten. Wie Pilze schossen die Schutzverbände aus der Erde und über Nacht schlossen sie sich zu einem Reichsverband zusammen. Eine starke Stütze fanden sie in dem oft zitierten Reichsgerichtsurteil vom 28. Dezember und in Auslassungen namhafter Richter, die die Rechtsgültigkeit einer Regelung der Aufwertungsfrage im Wege der Notverordnung anzweifelten. Aber diese Gegenbewegung ist nicht zur Auswirkung gekommen. Der Ablauf des Ermächtigungsgesetzes mit heutigem Tage, hat die Regierung veranlaßt, trotz all dieser Bedenken mit der Notverordnung noch vor Torschluß herauszukommen und eine Regelung zu treffen, von der sie nicht weiß, ob sie sie wird aufrechterhalten können.

Wer jemals in einer Versammlung einer der Schutzverbände war, der wird sicher nicht zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß sich hier Leute zusammengefunden haben, die irgendeinen Spekulationsgewinn machen wollen. Das alte Mütterchen, das zaghaft in ihrer Tasche den Mitgliedsbeitrag zusammenkramte, wird gewiß überrascht sein, wenn sie hört, daß sie statt der in dem Entwurfe vorgesehenen 10 Prozent deren 15 erhalten soll, daß sie aber auf keinen Fall das Recht hat, das Geld vor dem 1. Januar 1932 zu verlangen. Wenn es nicht anders geht, steht ihr ja das Armenhaus offen. Man wird nicht sagen können, eine Regelung, die derartige Perspektiven eröffnet, sei so ideal, daß nicht eine bessere Lösung hätte gefunden werden können, wenn man sich so viel Zeit gelassen hätte, um die Kräfte, die sich in der Schutzbewegung regten, zur Auswirkung kommen zu lassen. Und zur Uebereile war wirklich kein Grund vorhanden. Denn der Gewinn, den das Reich aus der Aufwertung für sich herausschlägt, ist verschwindend gering und der Ablauf des Ermächtigungsgesetzes ist kein Grund, Rechtsverhältnisse zwischen Privatpersonen mehr oder weniger als gut durch reichsfestgem Machtspruch zu ordnen. Die Ueberlastung der Gerichte mit Aufwertungsprozessen, die auch als Grund angeführt wurde, hätte ebensogut auf andere Weise beseitigt werden können.

Die Lösung, die die Notverordnung bringt, beruht um so peinlicher, als aus den Ausführungen, die Dr. Luther hierzu gemacht hat, hervorgeht, daß die Arbeiten zur Erfassung der Inflationsgewinne bis jetzt so gut wie gar nicht gefördert worden sind. Daß es ungeheuer schwer ist, diese Gewinne in die Taschen des Reiches zu zaubern, sei ohne weiteres anerkannt. Aber gewiß ist es nicht minder schwer, eine gerechte Lösung der Aufwertungsfrage zu finden und deshalb unverständlich, warum es sich die Regierung hier so leicht gemacht hat.

Der Vorschlag der Experten

Verknüpfung der Reparationen mit der Währungssanierung

Berlin, 15. Februar. (Eig. Tel.) Die Beratungen der Sachverständigen in Berlin haben zu einer weitgehenden prinzipiellen Einigung zwischen den Plänen der Experten und des Reichsbankpräsidenten und den deutschen Instanzen geführt. Das Projekt der Sachverständigen zur endgültigen Sanierung der deutschen Währung stellt sich als ein großzügiger Finanzplan heraus, der eine organische Verbindung zwischen der Währung und den Reparationen herstellen will. Grundsätzlich wird auch von den Sachverständigen einschließlich des französischen und belgischen Vertreters als Vorbedingung für das Sanierungswerk die Wiederherstellung der politischen und ökonomischen Einheit des Reiches angesehen. Das Reich soll wieder volle Verwaltungssouveränität auch in bezug auf Steuern und Zölle erhalten, und zwar im besetzten und unbesetzten Gebiet. Ebenso herrscht Uebereinstimmung darüber, daß dem Deutschen Reich ein Moratorium gewährt werden muß. Bis die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt ist, muß Deutschland eine im Auslande aufzubringende Anleihe gewährt werden.

Zur technischen Bewältigung des ganzen Komplexes soll eine Goldnotenemissionsbank geschaffen werden, deren Kapital mindestens zur Hälfte von ausländischen Kapitalisten gezeichnet wird. Im Aufsichtsrat der Bank sollen die hauptsächlichsten Notenbanken der Welt vertreten sein und die Hälfte der Stimmen haben. Dieser Bank oder einer besonderen Abteilung der Bank fällt die Regulierung der Kriegsschulden — das Wort Reparationen soll nach Möglichkeit vermieden werden —, und zwar in der Weise, daß eine von Deutschland aufzubringende Kriegsschuldentilgungssteuer einem besonderen Konto der Bank zugeführt wird. Die Kriegsschuldensteuer, die zur Ausbalancierung des Etats erhoben werden soll, darf nicht geringer sein als die steuerlichen Lasten, die die alliierten Mächte zur Abdeckung der Kriegsschulden aufbringen.

Die neue Goldemissionsbank gibt, nachdem sie sich das nötige Kapital zum Teil im Auslande beschafft hat, einlösbare Goldnoten aus, und zwar zunächst 3 Milliarden Goldmark, die bis zu 50 v. H. gedeckt sind. Später wird wieder, wie früher bei der Reichsbank, die Deckung auf 33⅓ v. H. ermäßigt und die Notenemission auf 4½ Milliarden Goldmark erhöht. In den Verhandlungen mit den Sachverständigen hat sich auch vollkommene Einigung darüber ergeben, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht sein Projekt einer Zwischenlösung für die Goldnotenbank weiter verfolgt. Dr. Schacht hat sich bereits wieder zur Fortsetzung seiner Verhandlungen ins Ausland begeben.

Die Kriegsschuldenabteilung der Emissionsbank leitet die eingehenden Beiträge an die Reparationsgläubiger ab, aber nicht nach einem bestimmten Schlüssel, sondern Voraussetzung aller Zahlungen ist, daß vorher deutsche Sachlieferungen an den betreffenden Staat geleistet worden sind. Es handelt sich also um eine Art Rückvergütungskasse für die künftigen Sachleistungen. Daneben werden aus dem Kriegsschuldentilgungskonto auch die Besatzungskosten bezahlt.

Weiter schlagen die Sachverständigen vor, daß die deutschen Eisenbahnen nach dem Vorbilde der kanadischen Eisenbahnen in eine dem Staat gehörige Deutsche Eisenbahngesellschaft übergeführt werden. Die Gesellschaft gibt Obligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark heraus, die mit 6 Prozent verzinst werden. Aus den Zinsen soll mindestens die Hälfte Frankreich erhalten, das dafür das Ruhrgebiet räumt und die Regiebahn aufgibt. Die Obligationen werden börsenmäßig gehandelt. Den Obligationären soll in irgendeiner Form ein Aufsichtsrecht zugestanden werden, damit der kaufmännische Betrieb der Eisenbahnen gewährleistet wird.

Es handelt sich also bei dem Expertenplan um eine Lösung der Reparationsfrage in ähnlicher Art, wie sie früher bereits auch in Deutschland erwogen worden ist. Nach Ablauf des Moratoriums soll, über eine Reihe von Jahren verteilt, Deutschland auf steuerlichem Wege Jahreszahlungen an eine Reparationsbank leisten. Daneben leistet Deutschland Sachlieferungen.

•

Berlin, 15. Februar. (Eig. Tel.) Die Reichsregierung hat nunmehr das Material, das sie den Sachverständigenausschüssen für ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt hat, im Druck erscheinen lassen. Es handelt sich um ein umfangreiches Druckwerk von 112 Seiten, das eine Reihe von wirtschaftsstatistischen Uebersichten zur Beurteilung der Lage in Deutschland enthält, und teils in Tabellen, teils in graphischen Darstellungen, die Verluste durch den Krieg, die Folgen des Ruhrkrieges, die Entwicklung der Währung, des Staatshaushaltes und der Finanzen zeigt. Von statistischen Handbüchern und ähnlichen Werken unterscheidet sich die Arbeit vorteilhaft durch die knappe und klare Zusammenfassung der einzelnen Gegenstände, von den Noten und anderen polemischen Schriften zur Behandlung der gleichen Frage durch das sichtliche Bemühen um eine vollkommene Objektivität, die hier zwingender wirkt, als es irgend ein Kommentar vermöchte.

Nicht Gewalt, sondern friedliche Verständigung!

Ramsay Macdonalds politische Richtlinien

London, 15. Februar. (Eig. Tel.) Als erster Redner nahm gestern Austen Chamberlain im Unterhause das Wort zu Macdonalds Programmrede. Er äußerte seine Befriedigung über das Gelingen der Uebergangsaufgaben. In Macdonald habe die Arbeiterpartei einen Premierminister, mit dessen Amtsantritt für die Welt ein neues Licht aufgegangen sei. Statt Chaos und Unordnung fange an Friede zu herrschen. Chamberlain bedauerte aber, daß es über die Regelung von Arbeitslosen- und Armenunterstützung schon zwischen Asquith und Ramsay Macdonald zu einem vollständigen Streit gekommen sei. Dieser Streit habe insofern eine grundsätzliche Bedeutung, als sich daraus die Frage ergeben werde, wie der Premierminister derartige Fragen zu behandeln gedenke, in denen die Mehrheit des Hauses nicht seiner Ansicht sei.

In der weiteren Debatte nahm Ramsay Macdonald das Wort, um sich zu den angeschnittenen Problemen zu äußern. Die Frage von Baldwin, welche Stellung die Regierung zur nationalen Verteidigung einnehme, beantwortete der Premierminister mit folgender bemerkenswerten Erklärung:

„Die Regierung wird bei ihrer Verteidigungspolitik von der Erwägung geleitet, daß nach den entsetzlichen Erfahrungen des Weltkrieges kein Volk geneigt ist, sich in militärische Abenteuer einzulassen, aber bei allen Völkern der Wunsch vorhanden ist, die Rüstungen abzubauen und in Uebereinstimmung zu bringen mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes. Ohne die Verteidigungsnotwendigkeiten Englands zu vernachlässigen hat die Regierung den Entschluß gefaßt, in engster Zusammenarbeit mit den Kolonien das große Verteidigungssystem einer neuen Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung wird sich nicht darauf beschränken, festzustellen, ob die Armee und Flotte verstärkt oder vermindert werden soll, sondern sie soll in allererster Linie prüfen, welchen Zusammenhalt das Verteidigungssystem dem britischen Reich angesichts seiner innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Bedürfnisse bringt. Man hat dem Premierminister öfters zu verstehen gegeben, daß außenpolitisch mehr erreicht werden könne durch eine starke politische Macht. Diese Ansicht lehnt er ab. Nicht durch Gewalt- und Prestigepolitik, sondern durch Vernünftigkeit und Billigkeit der von England in Zukunft zu vertretenden Außenpolitik glaubte er am besten für den politischen Fortschritt Englands wirken zu können."

Macdonald erklärte dann, daß seine Partei grundsätzlich an der Notwendigkeit einer Vermögenssteuer als Mittels zur Tilgung der Kriegsschulden festhalte. Die ungeheure Last der Kriegsschulden, 40 Prozent des englischen Budgets, sei eine Behinderung von Handel und Industrie und erschwere den englischen Wettbewerb mit anderen Ländern, die durch ihren Währungsverfall sich von ihren gesamten Kriegsschulden befreien konnten. Die Arbeiterpartei lehne es ab, die Staatsschulden durch unsaubere Mittel zu verringern.

Macdonald erklärte dann noch einmal, daß er keinen Tag länger im Amte bleiben werde, als es notwendig sei, um seine Politik durchzuführen. „Binnen einer Stunde, nachdem wir die Möglichkeit verloren haben, wirklich zu regieren, werden wir auch unsere Aemter verlassen."

Mit einem Dank an die Opposition, die durch ihre wohlwollende Haltung dem Kabinett die Inangriffnahme der großen Aufgaben ermöglicht habe, schloß Ramsay Macdonald seine zweite Ministerrede, die ihm großen Erfolg einbrachte. Ramsay Macdonald entwickelte in dieser Rede einen glänzenden Stil.

Paris, 15. Februar. (Eig. Tel.) Der Mitarbeiter des „Matin", Sauerwein, veröffentlicht eine Unterredung, die er gestern mit Ramsay Macdonald hatte. Dieser bedankte sich zunächst für das Vertrauen, daß die französische öffentliche Meinung ihm entgegengebracht habe und erklärte, daß er eine offene und einfache Aussprache über die Dinge wünsche. Er habe sich niemals zur Einberufung einer internationalen Wiederaufbau-Konferenz verpflichtet. Die Aufrufe, die in dieser Hinsicht an die Welt gerichtet wurden, seien ausgezeichnet, aber zu verschwommen. Er gebe ihnen seinen Segen und wünsche ihnen einen guten Erfolg. Er selber spiele jedoch ein anderes Spiel. Eine Konferenz, sagte Ramsay Macdonald, müsse das Ende und nicht der Anfang eines Kapitels sein. Zunächst müsse man einmal in loyaler Aussprache zwischen den beiden Regierungen auf dem Wege über die Gesandtschaften oder durch persönliche Korrespondenz die Frage vollkommen klären. Man dürfe seine politischen Absichten nicht nach zufälligen Aeußerungen im Unterhause beurteilen. „Es wird einmal vorkommen, daß ich anderer Auffassung bin als Frankreich und daß ich gegen Sie spreche. Ihnen wird es oft vorkommen, daß Sie gegen mich schreiben. Das hat aber keine Bedeutung unter der Voraussetzung, daß es ohne Hintergedanken geschieht und in der ehrlichen Absicht, Ideen zu besprechen und keine Personen anzugreifen."

Ramsay Macdonald erklärte sich dann gegen die bisherige Methode der alten Diplomatie. Er werde einfach geradeaus gehen. Man dürfe nicht hinter jedem seiner Worte Hintergedanken suchen, die nicht vorhanden seien. Er habe den tiefsten Wunsch, die Leiden Europas zu lindern durch Regelung der wichtigsten Probleme, und zwar gemeinsam mit Frankreich.

Frankreichs erneutes Pfalz-Verbrechen

Frankfurt a. M., 15. Februar. (Eig. Tel.) In Neustadt a. d. Haardt sind gestern Beamte, Arbeiter und Geschäftsleute zum Protest gegen die Fortdauer der Herrschaft der Separatisten, denen der französische Delegierte ausdrücklich befohlen hat, zu bleiben, in den Generalstreik getreten. Der Ausstand wird restlos durchgeführt.

London, 15. Februar. (Eig. Tel.) In amtlichen englischen Kreisen herrscht lebhafte Beunruhigung über die Nachrichten aus der Pfalz. Die Lage in der Pfalz war gestern im Außenministerium Gegenstand von Besprechungen zwischen dem deutschen Botschafter und Lord d'Abernon, der aus Berlin eingetroffen war. (Wie allgemein angenommen wird, dürfte d'Abernon auch Ausführungen über den zu erwartenden Bericht der Sachverständigen gemacht haben.)

Von englischer Seite wird in Paris und Koblenz darauf gedrängt, daß die nach der Pfalz entsandte interalliierte Kommission mit größter Beschleunigung gemeinsam mit dem Kreistag die Wiederherstellung der normalen Verwaltung betreiben solle. Nach englischer Auffassung wären die blutigen Unruhen überhaupt nicht vorgekommen, wenn den vertriebenen Beamten etwas früher die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gestattet worden wäre und die französischen Behörden dafür Sorge getragen hätten, die separatistischen Banden unter militärischer Bedeckung aus der Pfalz wegzuschaffen, bevor sie offen die Unterstützung der Separatisten aufsagten.

Die „Westminster Gazette" schreibt, daß die Ordnung in der Pfalz erst wiederhergestellt werden könne, wenn ein Uebereinkommen unter den Al-

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

in Billionen Mark	15. Februar	14. Februar
Zürich	4.7	4.4
Amsterdam	4.6	4.5
London	4.6	4.4
Prag	4.6	4.6
New York (Vorbörse)	4.5	4.7
„ „ (Nachbörse)	—	4.3

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 15.	Parität in Milliarden 15.		Vorbörse 15.	Parität in Milliarden 15.
Berlin	[illegible]	4545	Amsterd.	3740	1700
London	430	19545	Prag	290.75	132
Paris	444.25	200	Kopenhg.	—	—
Holland	435	198	Stockh.	—	—
Wien	[illegible]	790	Christ.	1300	600